Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion u. Expedition: Biebrich a Rh., Rathausstr. 16. Telephon 41.

Redakteur: Guido Zeidler in Biebrich a. Rh.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Zeidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich.

Filialexpedition in Hochheim: Jean Lauer.

Bezugspreis: monatlich 70 Pfg. einschl. Bringerlohn. Wegen Postbezug näheres bei jedem Postamt.

Anzeigenpreis: für die 6gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 15 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg.

№ 138. Dienstag, den 19. November 1918 Postscheckkonto: Frankfurt (Main) Nr. 19715 12. Jahrgang.

Des Bußtages wegen erscheint die nächste Nr. des Hochheimer Stadtanzeigers am Dienstag abend.

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim am Main.

Betrifft die Ausgabe von Margarine.

Die der Gemeinde vom Kreise überwiesene Margarine wird am **Dienstag, den 19. November l. Js., vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr** im Rathause, Zimmer 4, gegen Vorlage der Lebensmittelkarten in folgender Reihenfolge ausgegeben:

von 8—9 Uhr an die Bewohner der Delkenheimerstraße, Edelstraße und Elisabethenstraße;

von 9—10 Uhr an die Bewohner der Cappsteinstraße, Erbenheimerweg, Flörsheimerstraße, Frankfurterstraße, Friedrichsplatz, Gartenstraße, Gilde Gottes und Hintergasse;

von 10—11 Uhr an die Bewohner der Hochstätte, Jahnstraße, Kirchstraße, Kronprinzenstraße, Laternengasse, Mainweg und Mainzerstraße;

von 11—12 Uhr an die Bewohner der Margaretenstraße, Marxstraße, Massenheimerstraße und Möhlerstraße;

von 2—3 Uhr an die Bewohner der Neudorfgasse, Nordenstädterstraße, am Plan, Rathausstraße, Rosengasse und Sponheimstraße;

von 3—4 Uhr an die Bewohner der Steingasse, Sterngasse, Taunusstraße, Wetherstraße, Weihenburgerstraße und Werlestraße;

von 4—5 Uhr an die Bewohner der Wiesbadenerstraße, Wilhelmstraße, Wintergasse, am Weiher, Bahnstrecke und Falkenberg;

von 5—6 Uhr an die Bewohner der Adolfstraße, Aldestraße, Alleestraße, Altenauerstraße, Bahnhofstraße und Clasmannstraße.

Die Reihenfolge ist der flotten Abwicklung wegen streng einzuhalten. **Wer nicht an der Reihe ist, wird zurückgewiesen.**

Nach dieser Zeit wird keine Margarine mehr ausgegeben.

Alle diejenigen Personen, welche geschlachtet haben und noch keine Fleischkarten besitzen, sowie die Kuhhalter sind vom Bezuge ausgeschlossen.

Auf den Kopf der Bezugsberechtigten entfallen **60 Gramm** zum Preise von **25 Pfg.**

Abgezähltes Geld ist **unbedingt** mitzubringen.

Hochheim a. M., den 16. November 1918.

Der Magistrat. Arzbächer.

Betrifft die Ausgabe von Kindergerstenmehl.

Das der Gemeinde vom Kreise überwiesene Kindergerstenmehl wird am **Mittwoch, den 20. November l. Js., nachmittags von 2 bis 3 Uhr,** im Rathause, Zimmer 4, ausgegeben und zwar:

1. an Kinder, **welche nach dem 15. November 1916 geboren sind,** gegen Vorlage der Lebensmittelkarten, sowie
2. an werdende Mütter gegen Vorlage einer Bescheinigung der Hebamme.

Auf den Kopf der Bezugsberechtigten entfallen 2 Pakete à 35 Pfg. gleich 70 Pfg.

Abgezähltes Geld ist mitzubringen.

Hochheim a. M., den 16. November 1918.

Der Magistrat. Arzbächer.

Anordnung
über die Beendigung des Ausdrusches der Ernte 1918.

Im Anschluß an § 6 meiner Verordnung vom 8. Juli 1918, vergl. „Nassauischer Anzeiger" Nr. 81, bestimme ich:

Der Hand- und Maschinenausdrusch aller Körner- und Hülsenfrüchte muß bis zum **25. November ds. Js.** beendet sein.

Die Druschergebnisse sind, soweit sie nicht bereits durch einen Vertrauensmann aufgenommen, von den Unternehmern der landwirtschaftlichen Betriebe bis zum 1. Dez. ds. Js. spätestens zuverlässig hierher schriftlich anzuzeigen.

Nichtbeachtung dieser Anordnung wird nach § 80 der Reichsgetreideordnung strafrechtlich verfolgt. Außerdem wird mit Entziehung der Selbstversorgung vorgegangen werden.

Wiesbaden, den 8. November 1918.

Namens des Kreisausschusses:
Der Vorsitzende:
von Heimburg.

Wird den Landwirten zur Kenntnis gebracht mit der Aufforderung, spätestens bis zum 22. November d. Js. im Rathause, Zimmer Nr. 8, anzumelden, welche Fruchtarten und Mengen noch auszudreschen sind.

Versäumung der Meldung zieht die in vorstehender Verfügung angegebenen Nachteile nach sich.

Hochheim a. M., 15. November 1918.

Der Magistrat. Arzbächer.

Nichtamtlicher Teil.

Die Neuordnung im Reich.

Besetzung der Reichsämter.

Wbn Berlin, 15. November. Nach dem Beschluß des Rates der Volksbeauftragten sind die Reichsämter wie folgt besetzt worden:

Auswärtiges Amt Dr. Solf,
Reichsschatzamt Schiffer,
Reichswirtschaftsamt Dr. August Müller,
Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation Dr. Koeth,
Kriegsernährungsamt Emanuel Wurm,
Reichsarbeitsamt Bauer,
Kriegsministerium Scheüch,
Reichsmarineamt von Mann,
Reichsjustizamt Dr. von Krause,
Reichspostamt Ruedlin.

Ferner gehören den Reichsämtern als Unterstaatssekretäre an: Auswärtiges Amt Dr. David, Kriegsernährungsamt Robert Schmidt, Reichsarbeitsamt Giesberts.

Als Beigeordnete werden den Staatssekretären zur Seite gegeben werden: Auswärtiges Amt Karl Kautsky, Reichsschatzamt Eduard Bernstein, Reichswirtschaftsamt Dr. Erdmann-Köln, Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation Büchner und Schumann, Reichsarbeitsamt Jaeckel, Kriegsministerium Goehre und Dänmig, Reichsmarineamt Noske und Vogtherr, Reichsjustizamt Dr. Oskar Cohn.

Staatssekretär Erzberger wird gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt die Friedensverhandlungen einleiten.

Wegen der Besetzung des Reichsamtes des Innern schweben noch Verhandlungen.

Ein Erlaß des Kultusministeriums.

Wbn Berlin, 15. November. Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung richtete folgenden Erlaß an die Provinzialschulkollegien und Regierungen:

1. Da bisher der Geschichtsunterricht mit anderen Lehrfächern dazu mißbraucht wurde, Volksverhetzung zu treiben, hat solches in Zukunft unbedingt zu unterbleiben, vielmehr einer sachgemäßen Kultur- und historischen Belehrung Platz zu machen. Alle tendenziösen und falschen Belehrungen über den Weltkrieg und dessen Ursachen sind zu vermeiden.
2. Aus den Schulbibliotheken sind alle Bücher zu entfernen, welche den Krieg an sich verherrlichen.
3. In keinem Unterrichtsfache sind seitens der Lehrkräfte abfällige oder entstellende Bemerkungen über die Ursachen und Folgen der Revolution sowie die gegenwärtige Regierung zu äußern, welche geeignet sind, bei der Schuljugend das Ansehen und die Errungenschaften dieser Volksbefreiung herabzuwürdigen.
4. Es hat seitens der Schulleiter und Lehrer im Verkehr mit der Jugend alles zu unterbleiben, was geeignet ist, die Stimmung zu einer Gegenrevolution (besonders auf dem flachen Lande) zu schüren, da ein solches Vorgehen im jetzigen Augenblick die größte Gefahr eines Bürgerkrieges für unser Volk in sich birgt.
5. Bis zum Erlaß über die Trennung von Schule und Kirche sind die Kinder von Dissidenten und solchen Andersgläubigen, für die ein Religionsunterricht im jetzigen Schulplan nicht vorgesehen ist, auf Antrag der Erziehungsberechtigten ohne jeden Nachweis vom Religionsunterricht zu befreien.

Die Auflösung des preußischen Landtags.

Wb Berlin, 15. November. In Uebereinstimmung mit einem Beschluß des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats verordnen wir, was folgt: Das Haus der Abgeordneten wird hierdurch aufgelöst. Das Herrenhaus wird beseitigt. Berlin, 15. November 1918. Preußische Regierung: gez. Hirsch, Ströbel, Braun, E. Ernst, Ad. Hoffmann, Dr. Rosenfeld.

Bürgerräte.

Wb Berlin, 14. November. Unter dem Vorsitz von Dr. Kießer bildete sich ein vorbereitender Ausschuß zur Gründung von Bürgerräten. Es wurde eine Entschließung gefaßt, worin die Absicht kundgegeben wird, die volle Gleichberechtigung des Bürgertums zu wahren und die Bestrebungen der Reichsleitung zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung zu unterstützen. Verlangt wird die schleunige Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung.

Sicherheit des Besitzes und der Einkünfte.

Scharfe Heranziehung der großen Vermögen.

Wb Berlin, 16. November. Um den umlaufenden Gerüchten entgegenzutreten, erklärt die Reichsregierung:

1. Wir beabsichtigen nicht die Beschlagnahme von Bank- und Sparkassenguthaben, von Vorräten an Geld oder Banknoten oder Wertpapieren oder sonstigen offenen oder geschlossenen Depots vorzunehmen.
2. Wir beabsichtigen nicht, Zeichnungen auf die neunte Kriegsanleihe oder Kriegsanleihen überhaupt für ungültig zu erklären oder ihre Rechtsgültigkeit anzutasten.

Die Regierung beabsichtigt jedoch, die großen Vermögen und Einkommen aufs schärfste zur Deckung der Ausgaben heranzuziehen. Gehälter, Pensionen und sonstige Rechtsansprüche der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten und Angestellten, Offiziere und anderen Personen des Soldatenstandes, Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen dieser Personen bleiben völlig unberührt und weiterhin in Kraft.

Der Rat der Volksbeauftragten:
Ebert. Haase.

Die Amtsführung der Verwaltungsorgane.

Wb Berlin, 16. November. Bekanntmachung. Nach eingegangenen Meldungen sind die reaktionären Regierungsgewalten vielerorts bestrebt, ihre Tätigkeit nach altem System fortzusetzen.

Durch einen Erlaß der preußischen Regierung sind alle Regierungspräsidenten und Landräte ermächtigt, ihr Amt weiterzuführen. Dieses ist jedoch nur so zu verstehen, daß ihre Amtsführung unter Kontrolle durch die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte erfolgt. Alle Landräte und sonstigen Beamten, die ihre Amtstätigkeit nach dem alten System fortsetzen oder gegenrevolutionäre Bestrebungen bezeigen oder unterstützen, sind durch die zuständigen Arbeiter- und Soldatenräte unverzüglich abzusetzen.

Unbedingt sind allen Landratsämtern Beauftragte der Arbeiter- und Soldatenräte beizuordnen, denen die selbständige Ueberwachung aller Maßnahmen obliegt.

Offener Widerstand ist gegebenenfalls mit Waffengewalt zu brechen.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates.
Molkenbuhr. Rich. Müller.

Die Titel der Regierungsmitglieder.

Berlin. Das Mitglied der Reichsregierung, der Volksbeauftragte Dr. Landsberg, hat in einer Unterordnung darauf hingewiesen, daß Amt und Titel eines Reichskanzlers nicht mehr bestehen und daß die neue Regierung sich aus sechs gleichberechtigten Ministern zusammensetzt und zwei gleichberechtigte Vorsitzende habe, Ebert und Haase. Die Herren wollen weder Minister, noch Kanzler, noch Vizekanzler heißen, scheinen sich aber den Titel Staatssekretär gefallen zu lassen. (F. Z.)

Der neue Eisenbahnminister.

Wbnn Berlin, 16. November. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Der nach 12½jähriger Tätigkeit aus dem Amte scheidende Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach verabschiedete sich heute vormittag im Festsaal des Dienstgebäudes von den Beamten des Ministeriums und denen des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen. Zum Minister der öffentlichen Arbeiten wurde der bisher schon in den Eisenbahnabteilungen des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten tätig gewesene Ministerialdirektor Hoff ernannt. Daß gerade dieser bewährte Beamte, der viele Jahre lang auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik und besonders der sozialen Fürsorge mit hervorragendem Erfolge arbeitete, durch das Vertrauen der Volksregierung an die Spitze dieser mächtigen Verkehrsverwaltung berufen wurde, wird vor allem in den Eisenbahnkreisen selbst mit besonderer Genugtuung begrüßt werden. Schon in allernächster Zukunft sind bedeutsame Maßnahmen auf dem Gebiete der Diensterleichterungen und Einkommensverbesserungen für Beamte und Arbeiter zu erwarten.

Wb Berlin, 15. November. Das Ministerium des Innern teilt mit: Durch den soeben veröffentlichten Runderlaß an alle Ober- und Regierungspräsidenten ist bestimmt worden, daß Vertreter des Arbeiter- und Soldaten- bezw. Bauernrats als Kontrollinstanz den einzelnen Verwaltungsbehörden zur Seite zu treten haben und, vorbehaltlich der Vereinbarungen im einzelnen, bei allen wichtigeren Verhandlungen zuzuziehen sind. — Soweit die Verwaltungsbehörden sich der Durchführung dieser Anordnung nicht widersetzen, liegt kein Anlaß vor, sie in ihrer Amtstätigkeit zu behindern oder gar ihrer Aemter zu entsetzen. Gleichwohl laufen fortgesetzt Meldungen über eine derartige Behinderung oder Amtsentsetzung ein. Hier fordern wir gründliche und baldige Remedur. Wir können nur wiederholen, daß durch eine solche Behinderung unabsehbarer Schaden für die Gesamtheit, insbesondere für die Sicherstellung der Volksernährung entstehen kann. An alle örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte ergeht hiernach unsere dringende Mahnung, den von ihrem Amte entfernten Beamten, die sich der angeordneten Kontrolle nicht widersetzen, sofort die Ausübung ihrer Geschäfte wieder zu ermöglichen. — Glaubt der Arbeiter- und Soldatenrat bezw. Bauernrat dringende Gründe für eine Personalveränderung geltend machen zu müssen, so muß er diese dem Ministerium des Innern vortragen. Nur dieses Ministerium kann die notwendige Entscheidung treffen oder von der preußischen Regierung erwirken, während solche Veränderungen von den örtlichen Arbeiter- und Soldaten- bezw. Bauernräten selbständig auf keinen Fall vorgenommen werden dürfen.

Wbna Berlin, 16. November. Männer, Frauen! Soldaten, Matrosen! Das höchste Gut des Volkes ist seine Gesundheit. Der Volksgesundheit droht die schwerste Gefahr, wenn bei der schnellen Demobilmachung Seuchen und sonstige ansteckende Krankheiten auftreten oder gar sich häufen. Diese ungeheure Gefahr muß abgewandt werden. Jeder Soldat, bei dem der Verdacht einer ansteckenden Krankheit besteht, suche sofort einen Arzt auf oder bleibe so lange im Lazarett in Behandlung, wie der Arzt es ihm sagt. Die Maßnahmen der Heeresleitung sind aufs Peinlichste zu befolgen. Wer verlaust ist, sorge für sofortige Entlausung. Ansteckende Krankheiten sind insbesondere: Fleckfieber, Ruhr, Typhus und Geschlechtskrankheiten. Wer sich nicht in Behandlung begibt oder das Lazarett vorzeitig verläßt, versündigt sich schwer, erstens an sich selbst, weil sein Leiden später oder später gar nicht zu heilen ist, zweitens an seiner Familie und seinen Angehörigen, die er mit Ansteckung schwer bedroht und drittens an der Gesundheit des ganzen Volkes. Das ist der Rat, den euch erfahrene, um das Volkswohl besorgte Aerzte geben. Der Volksrat des Arbeiter- und Soldatenrates. Wolkenbuhr. Rich. Müller. Die Bevollmächtigten des Vollzugsrates. Gerson, Wegner.

Prinz Max von Baden über die Vorgänge der letzten Zeit.

In einem Sonderabdruck der „Preußischen Jahrbücher" veröffentlicht Prinz Max von Baden eine in der Ersten badischen Kammer beabsichtigte Rede. In dieser hätte er u. a. gesagt: Meine Friedenspolitik wurde entscheidend gestört durch das Waffenstillstandsangebot, das mir fertig vorgelegt wurde, als ich in Berlin eintraf. Ich habe es bekämpft aus Gründen der praktischen Politik. Es schien mir ein schwerer Fehler, den ersten Friedensschritt der neuen Regierung durch ein so überraschendes Eingeständnis deutscher Schwäche zu begleiten. Weder das eigene Volk noch das feindliche Ausland schätzten unsere militärische Lage damals so ein, daß ein derartiger Verzweiflungsschritt notwendig wäre. Ich machte den Gegenvorschlag, die Regierung sollte als ihre erste Handlung ein detailliertes Kriegszielprogramm aufstellen, das vor aller Welt unsere Uebereinstimmung mit den Grundsätzen Wilsons deutlich machte und unsere Bereitwilligkeit, diesen Gegensätzen auch schwere nationale Opfer zu bringen. Die militärischen Autoritäten erwiderten mir darauf, daß auf die Wirkung einer solchen Kundgebung nicht gewartet werden könne. Die Lage an der Front erfordere binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot. Wenn ich es nicht abgäbe, so müsse es die alte Regierung herausbringen. Darauf entschloß ich mich, die neue Regierung zu bilden und das nunmehr unvermeidlich gewordene Waffenstillstandsangebot mit dem Namen der neuen unbelasteten Regierung zu unterstützen. Nach einer Woche eröffneten mir die militärischen Autoritäten, daß sie sich in der Einschätzung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht hätten. Ueber die Frage der Abdankung des Kaisers sagte er: Ich habe es für meine Pflicht gehalten, den Kaiser über die nationale und internationale Bedeutung der Abdankungsfrage dauernd zu orientieren. Nur ein freiwilliger Entschluß konnte nach meiner Meinung das Reich vor schweren Erschütterungen bewahren. Man darf das Zögern des Kaisers nicht falsch verstehen. Es waren gewichtige Entschlüsse am Werk, die ihn davon überzeugten, daß seine Abdankung das Signal zur Auflösung der Front gegeben hätte. Als ich nach den Kieler Vorgängen die Gefahr des Bürgerkrieges immer näherrücken sah, suchte ich am Donnerstag eine Unterredung mit dem Abgeordneten Ebert auf und teilte ihm mit, daß ich noch am gleichen Abend ins Hauptquartier reisen wolle. Er versprach mir, das Seinige dazu zu tun, damit seine Partei und die Massen das Ergebnis meines Besuches abwarteten. Am Nachmittag desselben Tages aber überbrachten mir Herr Scheidemann und Herr Ebert das Ultimatum der Sozialdemokratie, das mich zwang, meine Entlassung einzureichen, denn es bedeutete den Zusammenbruch meiner Politik, nicht zu vergewaltigen, sondern zu überzeugen. Aber, so fährt Prinz Max fort, der Umsturz hat sich unwiderruflich vollzogen. In die Hände der neuen Regierung ist eine ungeheure Verantwortung gelegt. Sie kann uns als Nation retten und sie kann uns als Nation zerstören. Ich habe den Reichskanzler Ebert als einen Mann kennen gelernt, der reinen Willens ist und dem es Ueberzeugungssache ist, daß Deutschland seinen internationalen Pflichten nur genügen kann, wenn es sich als Volkseinheit erhält. Die Regierung kann uns vor dem Bürgerkrieg bewahren, wenn sie demokratisch regiert und ihre erste nicht aufzuschiebende Pflicht ist es, sich durch eine verfassunggebende Nationalversammlung die Rechtsgrundlage für ihre Macht geben zu lassen. Usurpierte Macht erträgt das neue befreite deutsche Volk nicht. Es hat sich durch die

Bildung der Volksregierung am 3. Oktober von der Diktatur Ludendorffs befreit, es wird keine andere Diktatur einer Minderheitsgruppe ertragen. Aber eine Schande wäre es für Deutschland, wenn uns die Feinde, die nur mit einer rechtsmäßigen deutschen Regierung unterhandeln wollen, erst die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung aufzwingen müßten. Hier darf die Regierung sich nicht die Initiative nehmen lassen. Wenn sie demokratisch handelt, dann kann sie sicher sein, daß ihr freiwillig Kräfte aus allen Lagern zuströmen werden, um ihr bei der übermenschlichen Aufgabe zu dienen.

Der frühere Kanzler sagte dann weiter, daß militärischer Widerstand unmöglich sei, daß aber moralischer Widerstand geleistet werden müsse. Der uns zugedachte Friede sei viel schlimmer, als der wirklich nicht nachahmenswerte Friede von Brest-Litowsk. Wieder die Waffenstillstandsbedingungen bleiben, wie sie sind, so sei der Völkerbund tot vor seiner Geburt. Kein Volk aber dürfe in Ketten an den Verhandlungstisch geführt werden. Der Prinz schließt mit den Worten eines Soldatenbriefes: „Gebe der Himmel, daß Deutschland nicht charakterlos aus diesem Krieg hervorgehe!"

Nationaleigentum. Entsprechend dem Beschluß der neuen preußischen Regierung, sämtliche zum preußischen Kronfideikommißvermögen gehörenden Gegenstände mit Beschlag zu belegen, tragen die königlichen Gebäude in Berlin, u. a. auch die Museen, seit Donnerstag vormittag rote Plakate, auf denen das Wort „Nationaleigentum" steht.

Berlin. Entgegen dem verbreiteten Gerücht, daß das Linienschiff „Schlesien" auf einer Fahrt nach den norwegischen Gewässern torpediert und gesunken sei, erfahren wir von zuständiger Stelle, daß an diesem Gerücht kein wahres Wort ist. Das Linienschiff „Schlesien" ist am 14. November abends in Kiel eingelaufen und beabsichtigt dort in die Werft zu gehen.

Berlin, 15. November. Seit einigen Tagen ist jegliche Verbindung mit Warschau unterbrochen.

Der Staatskommissar für die Demobilmachung hat das Betreten des linksrheinischen Gebietes und des 10 Kilometer breiten Streifens östlich des Rheines verboten. Reisen sind nur gegen besonderen Ausweisschein gestattet. Der Ausweis wird nach Prüfung der Notwendigkeit von der Polizeiverwaltung und dem Arbeiter- und Soldatenrat ausgestellt. Ausgenommen sind der Arbeiterverkehr auf Rückfahrt- und Wochenkarten und der Berufsverkehr auf Zeitkarten.

Wbd. Berlin, 15. November. Reichstagspräsident Fehrenbach telegraphierte an das Kabinett: Gedenkt die Reichsleitung, gegen etwaige angeregte Einberufung des Reichstages Montag oder Dienstag Einspruch zu erheben und event. Maßnahmen dagegen zu treffen? Das Kabinett erwiderte: Infolge der politischen Umwälzung, die sowohl die Institutionen des deutschen Kaisertums als auch den Bundesrat in seiner Eigenschaft als gesetzgebende Körperschaft beseitigt hat, kann auch der 1912 gewählte Reichstag nicht mehr zusammentreten. gez. Ebert, Haase.

Wbna Berlin, 15. November. Die führenden Mitglieder, Hauptvorstände und Fraktionen der nationalliberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei einigten sich heute auf ein gemeinschaftliches Vorgehen bei den Wahlen zur Nationalversammlung und setzten einen Ausschuß ein, der das Programm für den Wahlkampf aufstellen und die Grundlage zu einer großdeutschen demokratischen Partei durch Zusammenschluß der beiden liberalen Parteien schaffen soll.

Wbna Berlin, 15. November. Ein höchst bedauerlicher Vorfall ereignete sich in der Nacht vom 14. zum 15. November. Ein offenbar geistig gestörter Seeoffizier erschien auf der Matrosenwache und schoß kurz nach seren Reden mit einer Pistole planlos um sich. Es handelt sich um den Kapitänleutnant Breitschneider, dessen Mitarbeiter der Kommandant von Berlin, der Abg. Wels, bereits abgerichtet hatte, weil der Kapitänleutnant einen geistig gestörten Eindruck machte. Bei der Schießerei wurde ein Matrose und der Seeoffizier getötet.

Wbd. Berlin, 15. November. Der Rat der Volksbeauftragten ernannte in der heutigen Sitzung Professor Dr. Hugo Preuß zum Staatssekretär des Innern. Die Geschäfte des Reichsschatzamtes führt Dr. Sol[illegible], der Staatssekretär des Ausscheidenden Amts.

Berlin. Finanzminister Dr. Südekum teilte mit, daß die beiden ehemaligen königlichen Theater als Staatstheater übernommen werden sollen.

Prinz Eitel Friedrich. An den Wirtshäusern in Potsdam ist folgender Anschlag zu lesen: „Ich bitte die Kameraden der Garnison Potsdam, sich der neuen Reichsregierung zur Verfügung zu stellen. Wir alle wollen das Wohl unseres Vaterlandes und Volkes. Prinz Eitel Friedrich."

Wbd. Berlin, 16. November. Die aus Holland gemeldete Nachricht, daß sich im Gefolge des früheren deutschen Kaisers General v. Falkenhayn befindet, ist nicht richtig. Die beiden Brüder von Falkenhayn sind als Armeeführer noch im Felde.

München. Die Hochzeit des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht mit der Prinzessin Antonia von Luxemburg, die im laufenden Monat stattfinden sollte, ist auf Mitte Januar verschoben worden.

München. Das Königspaar ist über die österreichische Grenze auf bayrischen Boden zurückgekehrt und weilt jetzt in dem einsamen Sankt Bartholomä am Königssee. Die Königin überstand die Aufregungen der letzten Zeit leidlich gut.

Wb. Unsere Zuckervorräte. Es ist das Gerücht verbreitet, daß noch immer Lebensmittel, im besonderen Zucker, für Sprengstoffe verarbeitet werden. Dieses Gerücht ist nach Erkundigungen bei der zuständigen Stelle unrichtig. Das Kriegsernährungsamt hat auch die Beschlagnahme einiger Bestände von Zucker, der für solche Zwecke zusammengelegt war, bereits veranlaßt.

Wb Amsterdam, 16. November. Der „Telegraaf" schreibt, er habe aus guter Quelle vernommen, daß die Entente sich auf den Standpunkt stellt, daß sie gegen die Anwesenheit Wilhelms von Hohenzollern in Holland keine Reklamerde erheben könne. Gegen die einer deutschen Privatperson gewährte Gastfreundschaft könne sie nichts einwenden, da Holland und Deutschland befreundete Mächte seien.

Ein Handstreich des politischen A- und S.-Rates.

Wb Berlin, 17. Dezember. Dem „Vorwärts" wird aus Posen gemeldet: Seit gestern befindet sich die Stadt und ein großer Teil der Provinz in polnischen Händen, und zwar geschah diese Umwendung nicht durch den Einfluß der polnischen Legionen von außen her, sondern dadurch, daß die Polen im Arbeiter- und Soldatenrat die Macht an sich brachten. Von den Zentralbehörden in Berlin erwartet man Maßnahmen zum Schutz der deutschen und der jüdischen Bevölkerung.

Vereinbarungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen.

Berlin, 15. November. Zwischen den großen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften der Arbeitnehmer sind, wie der „Deutsche Allgemeine Zeitung" mitteilt, Vereinbarungen getroffen worden, die für das fernere Zusammenarbeiten der großen wirtschaftlichen Organisationen von weittragender Bedeutung sind. Nach diesen Vereinbarungen werden die Gewerkschaften als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen soll in Zukunft unzulässig sein. Wie das Blatt hört, wollen die Arbeitgeber die Werkvereine (die sogenannten wirtschaftsfriedlichen) sofort vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen. Weitere Vereinbarungen beziehen sich auf die aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer, die sofort nach Meldung wieder in die Arbeitsstelle einzurücken haben, die sie vor dem Kriege innehatten. Die beiderseitigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände wollen dahin wirken, daß durch die Schaffung von Arbeitsämtern und Arbeitsnachweisen diese Verpflichtung durchgeführt werden kann. Der Arbeitsnachweis soll gemeinsam geregelt werden und eine paritätische Verwaltung bekommen. Die Arbeitsbedingungen sollen durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festgesetzt werden. Ebenfalls sind Arbeitsausschüsse und Schlichtungsausschüsse bzw. Einigungsämter vorgesehen, die ebenfalls paritätisch zusammengesetzt werden. Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit soll in Zukunft acht Stunden betragen, ohne daß eine Verdienstschmälerung stattfindet. Diese Vereinbarungen sollen sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeber- und Angestelltenverbänden gelten.

Waffenstillstand und Räumung

Berlin, 14. November. In der gestern abend im Reichstagsgebäude abgehaltenen Delegiertenversammlung sämtlicher in Berlin anwesenden Soldatenräte hielt Ebert eine Ansprache, in der er nach dem „Vorwärts" u. a. sagte:

Ich habe keine Sorge für die neue Regierung, denn sie darf in der Tat für sich in Anspruch nehmen, daß sie getragen ist von dem Vertrauen der breiten Massen. Da haben wir nichts zu befürchten. Wir haben Nachrichten, daß die Truppen vorn an der Front geordnet in den Waffenstillstand gegangen sind. Anders ist es in der Etappe! Da hat sich vielfach eine Hast, schnell nach Hause zu kommen, geltend gemacht. Die Fristen sind zu kurz! Eine Anzahl Leute fürchten, nicht rechtzeitig aus dem zu räumenden Gebiet und der neutralen Zone herauszukommen. So ist gemeldet worden, daß bereits in Baden und Württemberg die zurückflutende Truppe eine große Gefahr für die innere Sicherheit des Landes bildet. Es sind Verhandlungen eingeleitet, daß uns schnellstens Lebensmittel aus Amerika zugeführt werden. Dazu brauchen wir Ruhe, Ordnung und Transportmittel. Alle Soldatenräte müssen sich in den Dienst der Organisation stellen, damit die Demobilisierung sich schnell und glatt abwickelt, und die Wirtschaftsversorgung nicht zu Schaden kommt. Die Demokratie kann nur marschieren, wenn ihr Kopf unversehrt bleibt! Dann haben wir auch noch Aussicht, wenigstens einigermaßen günstige Friedensbedingungen durchzusetzen. Wenn der Gegner aber sieht, daß bei uns Anarchie herrscht, dann wird er uns Bedingungen diktieren, die das deutsche Wirtschaftsleben vollständig vernichten. Also auf zur gemeinsamen Arbeit für die Zukunft unseres Landes, unserer Frauen und Kinder!

Die Räumung auf beiden Rheinufern.

Wb Berlin, 15. November. Die Räumung der besetzten Gebiete im Westen geht bisher, soweit es sich um den Abmarsch geschlossener Truppenteile handelt, planmäßig vor sich. Trotz großer Schwierigkeiten ist es bisher auch gelungen, ausreichende Verpflegung heranzuschaffen. Wenn der Nachschub aus der Heimat gesichert bleibt und nicht durch Bahnstockungen oder Lohnunterbrechungen gefährdet wird, wird sich der Abmarsch voraussichtlich auch weiterhin glatt abwickeln. Teile der im rückwärtigen Gebiet der Westfront untergebrachten Truppen haben, beunruhigt durch alarmierende Nachrichten unberufener Leute, die sich als Angehörige von heimatlichen Arbeiter- und Soldatenräten ausgeben, tatsächlich aber diesen völlig entgegenarbeiten, ihre Truppenteile verlassen und strömen der Heimat zu. Sie bilden für den geregelten Rückmarsch der Masse des Heeres und für die Versorgung des Heeres und der Heimat eine ernste Gefahr, die nur durch gleichmütiges und tatkräftiges Handeln der Heimatbehörden behoben werden kann. Die Räumung der besetzten Gebiete und des westlichen Rheinufers hat durch die Zusatzbestimmungen des Oberkommandos der Alliierten, die erst nach der Ausgabe unserer Marschbefehle bekannt wurden, eine bedeutende Erschwernis erfahren, die einen geregelten Abmarsch in der festgesetzten Frist teilweise unmöglich macht. Die Oberste Heeresleitung ist beim Oberkommando der Alliierten ernstlich vorstellig geworden, bisher jedoch ohne Erfolg.

Auf dem Ostufer des Rheins werden die Alliierten die drei Brückenköpfe Köln, Koblenz und Mainz mit je 30 Km. Durchmesser besetzen. Der Brückenkopf von Köln umfaßt etwa die Linie Solingen—Wermelskirchen (ausschließl.)—Lindlar (ausschl.)—Reuschkirchen—Gelsingen. Der Brückenkopf von Koblenz umfaßt etwa die Linie Linz (ausschl.)—Rockbach—Waldmerod—Diez—Klingelbach—Bernich. Der Brückenkopf von Mainz umfaßt etwa die Linie Lorch (ausschl.)—Lauterschaden (ausschl.)—Wickelbach—Waldorf (ausschl.)—Oberursel (ausschl.)—Steinbach—Frankfurt a. M. (ausschl.)—Langen—Darmstadt— (ausschl.)—Pfungstadt (ausschl.—Gernsheim (ausschl.). — Ferner ist seitens der Alliierten als neutrale Zone ein Gebiet bis 10 Km. östlich des Rheins und an den Brückenköpfen bis 10 Km. östlich der Brückenköpfe bestimmt worden. Die Räumung dieser Gebiete von unseren Truppen muß bis zum 13. Dezember mittags durchgeführt sein. Die Truppen der Alliierten werden jedesmal nach Ablauf der Frist in die geräumten Gebiete einrücken.

Die fast unerfüllbaren Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin. Im „Vorwärts" veröffentlicht der ehemalige deutsche Botschafter in London Fürst Lichnowsky einen Artikel, in dem er sich an seine persönlichen Freunde in London, in erster Linie an Lord Lansdowne, Green und Keynes wendet und sie bittet, ihren Einfluß und ihr persönliches Ansehen für die hohen Ideale der Menschlichkeit und Gerechtigkeit in die Wagschale zu werfen. Es heißt dann weiter in dem Artikel: Die uns auferlegten Waffenstillstandsbedingungen sind von einem Geist beseelt, den man nicht anders als den der Rache bezeichnen kann, da ihre gewissenhafte Durchführung Elend, Hungersnot, Anarchie und Chaos unmittelbar im Gefolge hätten. Keine Regierungsgewalt wäre imstande, die Folgen derartiger Zustände abzuwehren, ganz Europa, die gesamte Kulturwelt vor der ansteckenden Gefahr ordnungsfeindlicher Tendenzen zu bewahren und die Uebertragung des russischen Bolschewismus, des gräßlichsten Feindes der Demokratie und der Freiheit, auf alle übrigen Mitglieder der Staatengesellschaft zu verhindern. In ihrem eigensten Interesse müßten unsere bisherigen Gegner, und an ihrer Seite die große britische Nation, sich sagen, daß sie uns behilflich sein sollten, die Ordnung aufrecht zu erhalten, statt es uns unmöglich zu machen, daß sie dem deutschen Volk, das in seiner überwiegenden Mehrheit den Krieg nicht gewollt und den aufrichtigen Wunsch hegt, als werktätiges Mitglied der Völkerfamilie den Weg der Versöhnung und friedlichen Arbeit zu betreten, die Grundlagen nicht entziehen dürfen, die erforderlich sind für den Wiederaufbau nach beispiellosester Katastrophe, für die Errichtung eines neuen friedlichen demokratischen Staatswesens. Ich spreche als deutscher Patriot und zugleich als Freund Englands zum britischen Volk, zu allen Engländern, die aus den Greueln dieses Krieges den Sinn für Menschlichkeit und Gerechtigkeit gerettet haben. Nicht an das Mitleid, an die Einsicht wende ich mich und hoffe, daß mein Ruf nicht ungehört bleibe.

Der Waffenstillstand.

Berlin. Die deutsche Waffenstillstandskommission veröffentlicht die Fortsetzung ihres Berichtes über die Verhandlungen im französischen Hauptquartier. Es wurde erreicht, daß Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung in den linksrheinischen Gebieten unverändert alles deutsch bleiben. Ein weiteres Zugeständnis ist es, daß die Nichteinhaltung der Räumungsfrist kein Grund zur Kündigung sein soll. Auf die deutschen Vorstellungen gegen die verlangte Besetzung der rechtsrheinischen Brückenköpfe berief sich Marschall Foch immer wieder auf das Telegramm Bethmanns an den Pariser Botschafter Baron Schön von Ende Juli 1914, worin als Garantie der Neutralität Frankreichs die Besetzung von Toul, Epinal und Verdun gefordert worden war. Endlich bleibe es auch Deutschland vorbehalten, seine Kriegsschäden anzumelden.

Die Heimkehr der Truppen. Zu Ehren der heimkehrenden Krieger prangen die rheinischen Städte in reichem Flaggenschmuck. Die Krieger rücken in immer stärkeren Kolonnen an. Die Durchführung der Verpflegungsmaßnahmen ist in vollem Gange. In Köln werden außer anderen Räumen zur Unterkunft der Truppen 100 Schulen in Anspruch genommen. An den Zufahrtsstraßen werden städtischerseits Verpflegungsstationen errichtet. 600 Mann Bürgerwehr haben ihre Tätigkeit begonnen. Bisher vollzog sich der Durchzug durch die rheinischen Großstädte in vollster Ordnung und Ruhe. Die Stimmung der Truppen ist gefaßt und zuversichtlich. Von der belgischen Grenze wird gemeldet, daß die 6. Armee sich in vollster Ordnung auf dem Rückmarsch befindet. Sie wird am Mittwoch Herbesthal erreichen. Die durch Holland durchmarschierenden Truppen machen ihre Waffen zurücklassen. In den Militärzügen sind reichlich Lebensmittel vorhanden.

Front und Etappe. Von der Westfront ist zu berichten, daß die Divisionen der Front in bester Geschlossenheit und vollster Ordnung auf dem Rückwege sind. Unordnung herrscht nur in der Etappe, weil sich dort Truppenmassen ohne Befehl in Marsch gesetzt haben. Man hofft, daß es in Bildung begriffenen Kordons gelingen werde, die Soldaten aufzuhalten, zu sammeln und mit Hilfe der Arbeiter- und Soldatenräte in geordneter Weise ihrer Heimat zuzuführen.

Die Auflösung in der Etappe.

Berlin, 15. November. Der „Berl. Lokalanzeiger" meldet aus Bochum: Ein aus Belgien zurückgekehrter Postbeamter berichtet, daß Lebensmitteltransporte, die bereits verladen waren und nach der Heimat zur Versorgung der zurückkehrenden Truppen abrollen sollten, von Soldaten angehalten und zu Spottpreisen an die Belgier verkauft wurden. Ganze Speckseiten wurden für 3 Mark, Pferde für 5 Mark, Maschinengewehre mit Munition für 20 Mark versteigert. Aus den versteigerten Maschinengewehren sollen unsere Soldaten alsdann beschossen worden sein.

An die Bevölkerung der linksrheinischen Gebiete und der Umgebung von Köln, Koblenz und Mainz!

Amtlich wird mitgeteilt: Die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages bedeuten für die linksrheinischen Gebiete und die rechtsrheinischen Gebiete innerhalb eines 30-Kilometer-Halbmessers um die Rheinbrücken von Köln, Koblenz und Mainz geschlagenen Kreises (sog. Brückenköpfe) folgendes:

1. Diese Gebiete sind durch die deutschen Armeen zu räumen. Das bedeutet nur, daß die unter den Waffen befindlichen Truppen aus den Gebieten zurückgezogen werden sollen, damit der deutschen Regierung für die Dauer des Waffenstillstandes die Möglichkeit genommen wird, das linksrheinische Land als Aufmarschgebiet zu benutzen. Die gesamte Zivilbevölkerung, auch die Wehrpflichtigen und Reklamierten, können ungefährdet auch bei der nachfolgenden feindlichen Besetzung des Landes an ihrem Wohnsitz bleiben. Im Verlauf der ordnungsmäßigen Demobilmachung werden auch die aus diesen Gebieten stammenden Angehörigen des Heeres und der Marine, so weit sie von der Demobilmachung getroffen werden, in die Heimat entlassen werden.

2. Der Räumung dieser Gebiete durch die deutschen Truppen wird eine Belegung mit feindlichen Garnisonen für die Dauer des Waffenstillstandes, aber nicht vor dem 1. Dezember, folgen. Der Feind hat sich das Recht vorbehalten, Requisitionen mit rechtmäßiger Abrechnung vorzunehmen, jedoch ist von den Bevollmächtigten der feindlichen Regierungen erklärt worden, daß diese Requisitionen das tatsächliche Bedürfnis der Besatzungstruppen nicht überschreiten würden.

3. In allen geräumten Gebieten ist die Fortführung von Einwohnern untersagt. Dem Eigentum der Einwohner darf keinerlei Schaden oder Nachteil zugefügt werden. Niemand wird wegen der Teilnahme an Kriegsmaßnahmen, die der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vorangegangen sind, verfolgt werden. Keinerlei Zerstörung irgendwelcher Art darf ausgeführt werden. Die Depots von Lebensmitteln jeder Art für die Zivilbevölkerung, Vieh usw., müssen an Ort und Stelle belassen werden. Andererseits ist Deutschland verpflichtet, keinerlei allgemeine oder staatliche Maßnahmen zu treffen, noch besondere Befehle zu erteilen, die eine Entwertung der industriellen Unternehmungen oder eine Verringerung ihres Personals herbeiführen sollen. Eisenbahn und sonstige Verkehrsmittel werden weiter arbeiten.

4. Der Zusammenhang der linksrheinischen Gebiete mit dem Deutschen Reich wird in keiner Weise angetastet. Der Feind macht lediglich Anspruch auf eine Gesamtkontrolle. Leben und Eigentum der Bevölkerung ist somit nicht gefährdet. Die Bevölkerung handelt richtig, wenn sie ihren Wohnsitz nicht verläßt und auch sonst keine unüberlegten Maßnahmen trifft, um eingebildeten Gefahren zu begegnen.

Die Waffenstillstandskommission:
Staatssekretär Erzberger. Graf Oberndorff. General v. Winterfeldt. Kapitän z. S. Vanselo.

Die Uebergabe der Kriegsschiffe.

Wb London, 16. November. Reuter erfährt: Der deutsche Kreuzer „Königsberg", unter dem Befehl des Admirals Maurer, mit einer aus drei Marineoffizieren und vier Mitgliedern des Matrosen- und Soldatenrates bestehenden Kommission an Bord wird heute abend am Treffpunkt vor dem Firth of Forth mit dem britischen Oberkommandierenden, der von französischen und amerikanischen Schiffen begleitet sein wird, zusammenkommen, um die Einzelheiten über die Auslieferung der Unterwasserschiffe und der Kreuzer zu vereinbaren. Wahrscheinlich werden die deutschen Schiffe nach einem vereinbarten Ort zusammengebracht und nach einer vorhergehenden Inspektion von der Navigationsabteilung übernommen werden, die sie an den Platz der Bestimmung führen wird. Die zehn auszuliefernden Schlachtschiffe werden wahrscheinlich folgende sein: „Kaiser", „Prinzregent Luitpold", „Kaiserin", „König Albert", „Markgraf", „Kronprinz Wilhelm", „Großer Kurfürst", „Bayern", „Friedrich der Große", „König". Außerdem sechs Panzerkreuzer, nämlich: „Derfflinger", „Hindenburg", „von der Tann", „Seydlitz", „Moltke" und noch ein anderer. Unter den auszuliefernden leichten Kreuzern werden sich „Brummer" und „Bremse" befinden. Die seit Beginn des Waffenstillstandes in Schweden internierten deutschen U-Boote müssen den Alliierten übergeben werden. Außerdem wurden Vorkehrungen zur Uebernahme aller deutschen Schiffe im Schwarzen Meer getroffen.

Eine Erklärung der deutschen Obersten Heeresleitung.

Wb Berlin, 16. November. Die deutsche Oberste Heeresleitung erwiderte auf die Erklärung des Marschalls Foch: „Die deutschen Bevollmächtigten betonten bei den Besprechungen schriftlich und mündlich immer wieder auf das Eindringlichste, daß die Ausführung der unerhörten und technisch undurchführbaren Bedingungen Ausschreitungen unausbleiblich zur Folge haben werde. Die Schuld für diese Ausschreitungen fällt somit jetzt und auch in Zukunft ausschließlich der alliierten Heeresleitung zu. — Gegen die zu Unrecht erhobenen Vorwürfe erhebt die deutsche Oberste Heeresleitung Protest und betont erneut, daß die Weiterverfolgung der bisherigen Methoden seitens der alliierten Heeresleitung ihre wirksamen Maßnahmen zum Schutz der eigenen wie feindlichen Bevölkerung sowie für den Schutz und die Verpflegung der eigenen Truppen unmöglich mache. — Sie regt erneut an, daß der vom allen Völkern ersehnte Waffenstillstand in dem Geiste durchgeführt wird, der die Wahrung der Menschlichkeit bei Freund und Feind nicht ausschließt. Zur Sache selbst bemerkt die deutsche Oberste Heeresleitung, daß es sich nach den hier eingetroffenen Nachrichten meistens um Ausschreitungen der Bevölkerung gegen die wohlhabenden Klassen ebenso wie gegen deutsche Soldaten handelt."

Wb Berlin, 16. November. Das Telegramm an die Soldaten und Matrosen, worin zur Selbstzucht aufgefordert wurde, um eine geordnete Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen und der Demobilisierung zu sichern, führte insofern zu Mißverständnissen, als teilweise die Befürchtung laut wurde, die Volksregierung wolle die Befehlsgewalt in der alten Form wieder herstellen. Diese Befürchtung ist unbegründet. Es sei deshalb nochmals hervorgehoben, daß die jetzt angeordneten Maßnahmen für die künftige Regelung der Befehlsgewalt nicht bindend sind. Mit ihnen soll vielmehr nur im Interesse der Soldaten und der Heimat das regellose Zurückfluten der Truppen von den Fronten verhindert und die Durchführung der planmäßigen Demobilisierung gefördert werden. Ist bei der Marine eine genaue und rasche Durchführung nicht gewährleistet, so besteht die Gefahr, daß der Waffenstillstand in Frage gestellt, Helgoland, Kiel und Hamburg besetzt wird und wegen Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden. Das will gewiß niemand. Deshalb ist nach dem Aufbau der bisherigen Heeresorganisation bei der Demobilisation und Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen die Mitwirkung der Offiziere mit ihren technischen und militärischen Kenntnissen erforderlich. Lediglich diesem Zweck sollte die Maßnahme der Reichsregierung dienen. Dabei ging sie von der bei fast allen Truppenkörpern durchgeführten Voraussetzung aus, daß die Offiziere im Einvernehmen mit den Soldatenräten handeln. Daran soll durch unsere Aufforderung nicht geändert werden. Die Pflicht der Mannschaften und Offiziere ist es, durch verständiges Zusammenwirken das über unser Land hereingebrochene Unglück nach Möglichkeit zu lindern.

Die Ernährungsfrage.

Wb Berlin, 15. November. Die deutsche Regierung sandte eine Note nach Washington, worin mit Dank davon Kenntnis genommen wird, daß Wilson gewillt ist, die Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland in günstigem Sinne zu erwägen. Es wird darauf hingewiesen, daß große Eile not tut und daß die Annahme der drückenden Waffenstillstandsbedingungen mit ihren Folgen die Lage bei uns täglich unerträglicher mache. Die Gefahr anarchischer

Zustände könne nur bei schnellster Hilfe behoben werden. Die deutsche Regierung bittet deshalb so schnell als möglich Vertreter nach dem Haag oder einem anderen Orte zu entsenden, um dort mit den deutschen Bevollmächtigten Einzelheiten zu beraten. Die Note regt an, daß die Angelegenheit vielleicht in die bewährten Hände des Herrn Hoover gelegt werden könnte.

Amerikanische Lieferungen.

Berlin, 15. November. Der „Berliner Lokal-Anzeiger" berichtet: Wie an zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen über die Höhe der für Deutschland benötigten Lebensmittel auf Grund eines vom Kriegsernährungsamt aufgestellten Verbrauchsplanes abgeschlossen. Danach werden nach Deutschland im Monat geliefert werden: 75 000 Tonnen Fett, 150 000 Tonnen Fleisch und 250 000 Tonnen Getreide. Der Plan der Entente, für die Lebensmittelversorgung der Mittelmächte und im übrigen der ganzen Welt deutsche Schiffe zu chartern, ist zur Zeit noch Gegenstand von Verhandlungen, da der Punkt der Waffenstillstandsbedingungen, der die Möglichkeit zuläßt, daß deutsche Schiffe auch weiterhin gekapert werden können, einem solchen Plane entgegenstehen würde. Es ist in allernächster Zeit ein Schritt der deutschen Regierung zu erwarten, der um Aufhebung dieser Bestimmung ersucht.

Scheidemann über die Hungerblockade.

Das Mitglied der Reichsleitung, Scheidemann, erklärte einem Vertreter der „Continental Times":

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat am 11. November vor dem Kongreß erklärt, daß die Verbandsmächte beabsichtigen, die Mittelmächte mit Lebensmitteln zu versehen. Das deutsche Volk anerkennt diese erste Friedenstat und hofft auf schnelle Erfüllung des Versprechens. Was wir dazu tun können, geschieht: ein Ausschuß wird sich unverzüglich zum amerikanischen Gesandten im Haag begeben, um eine Beschleunigung der von dem Präsidenten in Aussicht gestellten Unterstützung zu ermöglichen und vorläufige Bindungen in die Wege zu leiten. Aber heute, in der hoffentlich letzten Stunde unseres Martyriums, das angesichts der vernichtenden Waffenstillstandsbedingungen vielleicht nur durch ein neues, schlimmeres abgelöst wird, muß für immer vor aller Welt festgestellt werden: noch nie ist ein Krieg grausamer und noch nie im Rahmen eines Krieges der Kampf gegen Leben und Gedeihen eines Volkes so unbarmherzig und nachhaltig geführt worden, wie der Hungerkrieg gegen unsere Frauen und Kinder in der Heimat. Die Verluste, fern sind selbst im Vergleich zu den blutigen Verlusten aller Völker unheilvoll. Was aber an die Dauer an Gesundheit und Lebenskraft geschwächt wurde, ist kaum abzuschätzen. Was der Krieg und seine Folgen für unsere Zukunft bedeuten, das können Sie am besten aus den Beobachtungen ersehen, die bei unseren Müttern und Säuglingen gemacht wurden. 70 v. H. aller Schwangeren und Gebärenden sind unterernährt und kommen so ausgehungert in die Klinik, daß kein Efferenzerst von ihnen sicher ist. Unterernährung und Blutarmut haben einen solchen Umfang angenommen, daß die Gefahr nahezu 20 v. H. aller Schwangeren und Wöchnerinnen hingerafft hat. Die Kinder können von den Müttern nicht gestillt und mit dem Viertel Liter Milch auch nicht mit der Flasche ernährt werden, so daß wir jetzt eine Sterblichkeit von mindestens 30 v. H. bei den ehelichen Kindern und 50 v. H. bei den unehelichen Kindern haben. Heute besteht in Deutschland tatsächlich der schreckliche Zustand, daß wir für die Mütter und Neugeborenen der ärmeren Bevölkerung eine vollkommene, die schwersten Opfer fordernde Hungersnot haben. Sie sehen daraus, daß für unsere bisherigen Gegner der Krieg mit dem letzten Schuß tatsächlich vorbei war, während er für uns noch im Morde des Volkes weiter wütet. Einen wirklichen Frieden kann für uns erst unbehindert Ernährung und damit Neubelebung der Arbeitskraft bedeuten.

Straßburg. Französische Truppen rückten am Freitag in Mülhausen ein.

Die Franzosen in Elsaß-Lothringen. Nach Auskunft der maßgebenden Stellen wird den wehrpflichtigen Deutschen in Elsaß-Lothringen nichts geschehen.

Berlin. Das preußische Ministerium des Innern teilt mit: Alle Behörden bleiben auch bei feindlicher Besetzung an ihrem Dienstort.

Die Antwort Lansings an Solf. Reuter meldet aus Washington: Lansing antwortete auf die Note Solfs, worin er auf einen raschen Friedensschluß drängt, daß Solf sein Ersuchen nicht allein an die Vereinigten Staaten, sondern an alle Alliierten richten müsse.

WB Bern, 16. November. Anläßlich der Reden Clemenceaus, Williams und Lord Cecils, die nach der „Berner Nationalzeitung" eine wahre Erquickung sind, nach all dem abscheulichen Haß, der solange die Gemüter verdummte und verdüsterte, führt das genannte Blatt aus: Alles das sei nur möglich, weil die deutsche Revolution einen großen Teil des Weltkrieges gegen Deutschland fortgeschwemmt habe. Seit dem Sturz der Hohenzollern und der alten Militärpartei sei eine Möglichkeit gegeben, daß die Deutschen wieder mit der Welt leben und daß ihr wieder hergestellt werden. Dieser Segen der Revolution würde sich jedoch zum Fluche für Deutschland wenden, wenn die Diktatur der Militärpartei von der Diktatur des imperialistischen Kommunismus abgelöst würde. Die Gefahr sei groß gewesen, daß Deutschland versuche, zum Bannerträger des Bolschewismus zu werden, um dadurch nach russischem Muster sich von einem drückenden Frieden zu befreien. Wilson habe sehr deutlich auf jene Gefahr aufmerksam gemacht. Wenn man zahlreichen Meldungen glauben darf, habe sich in der deutschen Revolution eine sehr erfreuliche, beruhigende Wendung vollzogen. In Deutschland scheine die Revolution sehr rasch die gefährlichen Kinderkrankheiten überwunden zu haben. Das Bürgertum sei eben doch eine andere geistige und wirtschaftliche Kraft als das russische und Deutschland erkenne, daß es nur dann Frieden und Versöhnung zu erhalten vermöge, wenn es nicht durch den Bolschewismus die Weiterordnung bedrohe. Bereits habe eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen stattgefunden. Man dürfe hoffen, daß das nur ein Anfang sei und daß die Entente begreife, daß ein verzweifeltes Deutschland für sie eine ernste Gefahr darstelle. Gegen den Bolschewismus gäbe es nur eine Rettung, die im Frieden, im Völkerbund, in der Freiheit, im Segen demokratischer Arbeit liege. Es sei daher notwendig, die erneuernden Kräfte zu vermehren. Es gelte, alle Hindernisse des Fortschritts und der höchsten Produktionssteigerung fortzuräumen, den Proletarier zu verbürgerlichen und nicht den Bürger zu proletarisieren. Nur durch Schaffung neuer Werte könne ein bolschewistischer Rückfall in politische und wirtschaftliche Barbarei überwunden werden. Ruhe, Friede, Freiheit, Arbeit seien die Mittel, mit denen die jetzt so drohende Weltoffensive des Bolschewismus niederzuzwingen ist.

Lettow-Vorbecks Kapitulation.

WB London, 17. November. Reuter. Der deutsche Oberbefehlshaber in Ost-Afrika, General v. Lettow-Vorbeck, hat kapituliert.

Ein Telegramm aus London meldet noch, daß deutsche Truppen Lettow-Vorbecks in Ostafrika noch immer mit einer Truppenmacht von 1000 Eingeborenen und 300 Deutschen standhalten. Die Deutschen hätten keine Geschütze, aber viele Maschinengewehre.

Zeitungsschau.

Urteile eines Deutschenfreundes.

Der schwedische Weltreisende und berühmte geographische Forscher Dr. Sven Hedin, der im Laufe des Weltkrieges schon wiederholt sein warmes Mitgefühl mit dem germanischen Brudervolk der Deutschen offen bekundet hat, gibt in „Stockholms Dagblad" vom 11. d. M. eine Würdigung des zurückgetretenen Kaisers Wilhelm und benutzt diesen Anlaß, um einleitungsweise seine Meinung über den Umsturz in Deutschland auszusprechen. Wir veröffentlichen diese Ausführungen im Wortlaut, weil sie als die eines bewährten Freundes der deutschen Sache auch da, wo ihr Wert hoch, wo sie Ausgangspunkt und Triebkraft der demokratischen Bewegung anders bewerten, als wir selber es tun. Dr. Hedin schreibt:

Unwillkürlich fragen sich: Wie ist es möglich, daß die stärkste Macht der Welt im Laufe einiger Monate mit katastrophaler Schnelligkeit hat herabgestürzt werden können von der Höhe des Triumphes und Sieges in eine Niederlage, die an Ohnmacht grenzt? Ist Deutschland im Feld besiegt worden? Nein, in keiner Weise. Die Uebermacht ist gewiß erdrückend. Jedem Deutschen stehen siebzehn Mann aus allen Völkern der Welt in den Farben aller Rassen gegenüber. Die deutschen Heere haben vier Jahre hindurch gesiegt und bilden noch heute eine ungebrochene, wenn auch sich zurückschiebende Feuer- und Eisenmauer. Und gleichwohl hat die Niederlage, die tragischste Katastrophe der Weltgeschichte, nämlich der Zusammenbruch des Germanentums, dieses stolze und starke Volk getroffen. Kein Stamm auf Erden, keine Nation unter den größten der Welt hat vermocht, Deutschlands Kraft zu zerbrechen. Nicht einmal dieser Verband, der von vier Fünftel der Menschheit gebildet wurde, war imstande, das mächtige Rad erreich auf die Knie zu zwingen. Es gab nur eine Macht, die stark genug war, Deutschlands Widerstandskraft zu vernichten, und das war das deutsche Volk selbst. Darin liegt das Tragische in Deutschlands Geschick. Kein Glanz umstrahlt den Sieg des Verbandes. Die amerikanischen, englischen, französischen, schwarzen und braunen Sturmkolonnen verfolgen einen Feind, der sich nicht schlagen will, einen Feind, der sich in sich selbst zerspaltet und von innen her erweicht. Die ununterbrochen fließende Verbandserde von der Barbarei der Deutschen, die unausgesetzt verbreiteten Lügen über deren Grausamkeit, haben einen nach dem anderen neutralen Staat an die Seite des Verbandes geführt, und schließlich hat das Dogma eine solche Stärke genommen, daß die Deutschen selber glauben, daß sie Barbaren sind. Jetzt zerbricht man auf Befehl von Washington die Verfassung, die Deutschland unüberwindlich gemacht hat, jetzt den Feldherrn ab, der an Hindenburgs Seite mit unerschütterlicher Ruhe einstimmen konnte in den Gesang der Soldaten: Lieb' Vaterland, magst ruhig sein, und dafür lauscht man auf die Botschaft aus Norden und Paris, auf Lloyd George, Foch und Clemenceau. Der demokratische Wind, der durch die Gegenwart bläst, verschont keine Höhe; sein Ziel ist, alles zu nivellieren. Deshalb mußte Deutschland von seiner hohen Machtstellung niedergezwungen werden. Sein Sturz war des Weltkrieges Ende und eigentliches Ziel. Es ist nun erreicht. So glaubt man und schließt die Augen vor Großbritanniens und Amerikas zu gewaltiger Höhe angewachsenen Weltherrschaft. Man hat zur Zeit und zur Unzeit von der Vernichtung des Militarismus geredet, gemeint nicht um seiner selbst willen, sondern nur, weil er Deutschlands Stärke ausmachte.

Nassauische Nachrichten.

Wiesbaden.

— Nassauisches Landestheater. Nach dem bereits erwähnten Rücktritt des bisherigen Hoftheater-Intendanten v. Mutzenbecher, der sich alsbald in einer Ansprache von dem versammelten Personal verabschiedete, und Uebernahme der Leitung des Theaters durch Regisseur Legal, haben alle Abteilungen, mit darstellendes Personal, Orchester, Singchor, Balletkorps usw., je zwei Delegierte in einen Ausschuß gewählt, der mit Herrn Legal die Verwaltung des Theaters führen soll. Zunächst geht der Betrieb in der bisherigen Weise weiter, doch sind die Zukunftsfragen, wie vornehmlich der, wer das Theater übernehmen wird, ob Staat, Stadt oder Bezirksverband, und wie sich die finanzielle Seite gestalten, insbesondere wer die vermutlich auch in Zukunft notwendigen Zuschüsse leisten wird, noch ungelöst. Die Stadt brachte bisher schon für das Hoftheater jährlich als allgemeinen Zuschuß für Unterhaltung der Maschinen 58 716 Mark, an sonstigen Aufwendungen (Unterhaltungsarbeiten) 24 192.20 Mark, für Verzinsung und Tilgung des Baukapitals (das Theatergebäude ist von der Stadt errichtet und deren Eigentum) 142 500 Mark, an Rückstellung für Feuerversicherung 23 000 Mark und desgleichen für Neuanlagen 3000 Mark, insgesamt 252 088.20 Mark auf. — Es wird uns geschrieben: Die ehemaligen Deutschen Hoftheater haben ohne Ausnahme aufgehört zu existieren. An ihre Stelle sind meist Freie Künstlergemeinschaften getreten, die sich zunächst selbst regieren, bis ihre durch den Gang der Ereignisse veränderte Lage nach jeder Richtung hin geklärt und sicher gestellt ist. Das hiesige Opern- und Schauspielhaus hat nach dem Vorschlag des Arbeiter- und Soldatenrates den Namen „Nassauisches Landestheater" erhalten. Seine Leitung wurde nach dem freien Willen und Beschluß aller seiner Körperschaften einer gemischten Kommission übertragen, an deren Spitze der vom Arbeiter- und Soldatenrat ernannte und vom Personal einstimmig anerkannte Leiter aller tausenden Geschäfte, Herr Legal, steht. Er führt den offiziellen Titel „Intendant". Die Kommission besteht aus den Herren: Haas und Rother für die Oper, Herrmann und Everth für das Schauspiel, den Herren Professor Brückner und Weimer für das Orchester, Wutschel und Wenzel für den Chor, den Damen Mondorf und Becker für das Ballett, den Herren Stark und Krämer II. für das technische Personal und Pleitner und Thuri für die Garderobe. Die Zusammensetzung des Personals besteht unverändert fort und die bekannte und bewährte Gemeinschaft des Regiekollegiums sowie des Beamtenkörpers, bürgt für eine geordnete und künstlerische Weiterführung des Gesamt-Betriebes. Die Leitung macht es sich nach wie vor zur strengen Pflicht, den Ruf des Instituts auch in bewegter Zeit aufrecht zu erhalten und fortzuführen. Die Aufhebung der Zensur, die Selbständigkeit der Repertoirbildung und der Fortfall der durch den Krieg bedingten Repertoirschwierigkeiten werden dem Theater reiche neue Möglichkeiten sichern, die in vollstem Maße ausgenutzt werden sollen sobald dies verwaltungstechnisch möglich ist. Es wird aber aus prinzipiellen Gründen ein für allemal davon abgesehen werden, den Spielplan Werken zu öffnen, die nur um der Tendenz willen da sind. Das Nassauische Landestheater gehört nach der Ueberzeugung aller bestimmenden Faktoren nicht einer Partei, sondern der Kunst.

wc Reingefallen. Der Arbeiter Philipp M. aus Dotzheim arbeitete zeitweilig auf einem Biebricher Werk. Eines Tages vertauschte er dort seine eigenen Schnürschuhe gegen ein Paar Militär-Schaftstiefel. Als er bald darauf erfuhr, daß die Stiefel gestohlen seien, reute ihn der Tausch. Er machte den Versuch, ihn rückgängig zu machen, und als ihm das nicht gelang, setzte er sich eigenmächtig, indem er die Tür zu dem Zimmer des Anderen erbrach, wieder in den Besitz seiner Schnürschuhe. Die Strafkammer sprach ihn zwar von der Anklage des schweren Diebstahls frei, seine Schuhe aber sind zwischenzeitlich verschwunden, und die Militärstiefel als Staatsgut sind beschlagnahmt.

Aus dem Rheingau. Im Laufe der letzten Nachmittage kam eine ganze Menge von deutschen Militär-Flugzeugen „Tauben" und Doppeldecker — mit jedem Gebrumm und Gekratter über unseren Gau hubergeflogen. Wie hatten den Kurs nach Osten und kamen von Westen, also von der bisherigen Kampffront. Augenscheinlich hat dort der deutsche Flugzeugpark mit Beginn der offiziellen Waffenruhe alsbald demobil gemacht und den Luftmarsch nach der Heimat angetreten, was bei Fliegern freilich um sehr vieles leichter und schneller geschehen kann, als bei den anderen Frontruppen. O, daß doch die ganze Mannung der bisher besetzten Gebiete nebst Heimmarsch sich so einfach, schnell, sauber und reinlich abwickeln könnte, wie bei unserem tapferen Fliegerkorps!

Höchst, 15. November. Für den Umfang des Kreises Höchst verbot der A. S. R. jegliche Hausschlachtungen, nur Notschlachtungen sind gestattet. Die Maßnahme soll der Bekämpfung des Schleichhandels mit Fleisch und der Schwarzschlachtungen dienen.

Frankfurt. Wegen unberechtigten Tragens von Uniform wurden durch Beauftragte des Soldatenrates in einem Bierkeller zwei junge Leute verhaftet und in das Polizeigefängnis eingeliefert.

WB Frankfurt, 15. November. In der heutigen Versammlung des sozialdemokratischen Vereins wurde die alsbaldige Einberufung einer konstituierenden Reichsversammlung gefordert und alle Revolutionsdämpfer aufgerufen, trotz Kriegselend und Arbeitsnot alle ihre Kräfte für die Befestigung und den Ausbau der deutschen sozialen Einheitsrepublik einzusetzen.

— Nachdem Frankfurt als neutrale Zone bestimmt worden ist, müssen alle hier in Garnison liegenden Soldaten herausgezogen werden, und zwar bis zum 9. Dezember. Sie werden in altmärkischen angrenzenden Gebieten untergebracht. Verwaltungsbetriebe ebenso wie Depots, ferner Mannschaften, die entlassen sind, gleichviel ob sie sich noch in militärpflichtigem Alter befinden, bleiben in Frankfurt. Der Sinn der Bestimmungen ist lediglich der, irgendwelchen Kämpfen vorzubeugen. Die Demobilmachungsarbeiten erfahren keinerlei Störung und können ruhig ihren Fortgang nehmen. Soldaten, die entgegengesetzt der Verfügungen handeln, laufen Gefahr, interniert zu werden. Alle infolge der Umwälzung hierher gekommenen Mannschaften, die Frankfurter sind, werden ersucht, sich an das Generalkommando zu wenden. Jeder Soldat, dessen Ersatzbataillon augenblicklich noch erreichbar ist, hat sich dort zur Klärung seiner Versorgungsansprüche zu melden.

— Das Nachrichtenamt des Arbeiter- und Soldatenrates teilt mit: Laut Mitteilung der Landräte zu Langenschwalbach und Diez sind in beiden Orten Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte gebildet worden, die sich über den ganzen Unterlahnkreis bezw. Unterlahnkreis erstrecken. Der Landrat Westerburg meldet, daß, wo solche noch nicht bestehen, in sämtlichen Gemeinden Bauernräte gebildet werden.

Cronberg. Hier hat sich ein Bürger- und Arbeiterrat gebildet. Die Mitglieder des Bürgerrats hatten ihre Mitarbeit von der Bedingung abhängig gemacht, daß die rote Fahne vom Rathaus verschwindet.

Vom Untermain. Die ungezählten Scharen polnischer und belgischer Arbeiter und Arbeiterinnen, die seit 1916 in den chemischen Fabriken Mainkur, Griesheim und Höchst beschäftigt waren, wurden dieser Tage in zahlreichen Sonderzügen in die Heimat abgeschoben.

Oberlahnstein. Am Donnerstag stürzte ein von der Front kommendes Flugzeug auf der „Obermeer" ab. Die drei Insassen sind tot.

Diez. Das Kadettenhaus Oranienstein wurde am 10. November aufgelöst. Die vorhandenen Anlagen sollen zu einem Krüppelheim verwendet werden.

Diez. Auf der Grube Holzappel riß in einem Nebenschacht das Seil des Förderkorbes. Die vier Insassen des Korbes stürzten aus erheblicher Höhe in die Tiefe und waren sofort tot. Unter den Toten befinden sich zwei Brüder aus Winden, die beiden anderen stammen aus Dörnsbach bzw. Waldmichelbach.

Mainz. Da die Wetterverhältnisse für die Stadt Mainz sich zur Zeit etwas günstiger gestaltet haben, kann hier die fleischlose Woche vom 18. bis 24. November in Wegfall kommen.

— Mainz, 15. November. Die Kirchen als Soldatenquartiere. Auf Veranlassung der Behörde wurden heute auch mehrere hiesige Kirchen ausgeräumt, um als Quartiere für durchziehende Truppen Verwendung zu finden.

Mainz. Stockholmer Meldungen aus Paris besagen, daß die Besetzung von Köln, Koblenz und Mainz am 12. Dezember erfolgen wird.

Mainz. Landtagsabgeordneter Adelung wurde von den Stadtverordneten einstimmig zum Beigeordneten gewählt.

— Mainz. Eine große Versteigerung österreichischer Pferde wurde in der hiesigen Dragonerkaserne abgehalten. Es kamen rund 400 Tiere, meist ungarischen oder russischen Schlags zum Ausgebot. Die gezahlten Preise schwankten zwischen dem Mindestpreise von 100 Mark bis zum erzielten Höchstpreise von 900 Mark. Die Gesamteinnahme dürfte sich auf nahezu 150 000 Mark beziffern.

— Mainz, 17. November. In Erwartung der zurückflutenden Heeresmassen. Die weitgehendsten Vorbereitungen zur Aufnahme und Einquartierung der großen Heeresmassen, die in nächster Zeit unsere Stadt durchziehen werden, sind hier jetzt in unsichtbarer Weise getroffen. Die Schulhäuser und Kirchen sind überall geräumt und zur Aufnahme der Krieger zweckmäßig ausgestattet. In aller Eile wurden viele Tausende von Strohsäcken gefüllt und in den neu geschaffenen Quartieren aufgelegt. Auf den Einquartierungs- und Verpflegungsbüros wird mit Hochdruck gearbeitet. Die Vortrupps der Armee Gallwitz treffen immer zahlreicher hier ein. Soldaten zu Fuß, Kavallerievortrupps, Lastautos, schwere Maschinengewehre und leichtere Geschütze in geschlossenen Batterien treffen bereits als Vorboten der nahenden Hauptarmee in bester Ordnung hier ein. Die Militärzüge sind über und über voll gepfropft mit verprengten Mannschaften. Heute früh konnte man auf einem Zuge die Soldaten eng aneinander gereiht auf den Trittbrettern stehen und zu Dutzenden auf den flachen Dächern der Waggons sitzen sehen. Diese Unvorsichtigkeit hat leider schon zahlreiche tödliche Unglücksfälle zur Folge gehabt.

Gelnsheim bei Darmstadt. Auf dem Flugplatze des Truppenübungsplatzes wurden durch die umherfliegenden Stücke eines explodierten Flugzeugs vier Knaben getötet.

Worms. Im angeblichen Auftrag des Berliner A.- und S.-R. stellen sich fünf bewaffnete Soldaten unter schweren Androhungen wider das Leben des Bürgermeisters aus der Gemeindekasse in Bürstadt 3000 Mark auszahlen und verschwanden mit dem Raub. Auch in anderen Orten Rheinhessens soll das Manöver gelungen sein.

Einer Mutter Liebe.

Roman von Sel. Schade-Horbiger.

(12. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Auf der Schwelle der Wohnung, das Kind an der Hand, empfing sie die Heimkehrenden.

Erich sah in der Tat vorzüglich aus, er schien wieder jung geworden zu sein, und auch Christine hatte sich gut erholt. Mit wirklich herzlicher Freude hatte Erich Lisa umarmt und hob nun seinen Jungen zu sich empor, indes Christines graue Augen noch der ersten Begrüßung suchend in alle Ecken gingen, als erwarte sie dort etwas Besonderes zu sehen. Als sie aber alles in Ordnung fand, ergriff sie sich in einem Wortschwall zu Reden. Wie sie die arme Lisa verdauern, daß diese sich so lange ganz allein hatte quälen müssen. Aber nun sei sie wieder da, um ihr alle Arbeit und Unbequemlichkeit abzunehmen, erklärte sie in ununterbrochenem Redestrom.

Unwillkürlich zuckte Lisa zusammen. Sie wußte, was das bedeutete, aber Christine sollte nicht den Triumph erleben, sie gekränkt zu sehen. Sie behielt ihre ruhige, heitere Miene bei und sprach mit Erich, der ihre Hand immer noch in der seinen hielt.

Voll Unruhe beobachtete Christine, wie einig das junge Ehepaar zu sein schien.

So viel Mühe sich Christine aber auch gab, irgend etwas zu entdecken, was ihr zu einer ihrer gewohnten sanften Bosheiten Gelegenheit gegeben hätte, es wollte ihr nicht gelingen.

Da fiel ihr Blick auf Hänschen, der nun, doch etwas eingeschüchtert durch die Gegenwart des ihm fremd gewordenen Vaters und der Tante, still auf seinem Stuhle saß. Ausnahmsweise sollte er heute mit den Großen am Tische speisen. Er war ruhig und hielt sich dicht an Lisas Seite. Jetzt erst konnte man so recht erkennen, wie sehr er der Mutter ähnelte. Das waren die gleichen offenen, braunen Augen, das gleiche braunlockige Haar und die feine, schmale Stirn. Nur um Mund und Kinn lag eine gewisse Aehnlichkeit mit dem Vater. Offenbar aber war Hänschen heute schon ein kleiner Egoist, der durch energisches Zupfen am Kleide der Mutter ihre Aufmerksamkeit immer wieder auf sich allein zu lenken suchte.

Das alles beobachtete Christine und sah auch, wie des Kindes Augen verlangend an der Torte hingen. Wie dieser suchte sie den kleinen Wurschen nun an sich zu locken; sie nahm ein Stückchen Torte auf einen Teller und hielt es Hänschen hin. Zugleich suchte sie ihn von seinem Stuhl herunter und auf ihren Schoß zu ziehen. Damit aber kam sie schlecht an. Hänschen klammerte sich mit aller Kraft an Lisa fest und sein Gesicht verzog sich zum Weinen.

Lisa, die eifrig mit Erich gesprochen hatte, wendete sich um. Geh artig, Hänschen, geh' zur Tante, sagte sie mahnend.

Hänschen aber schien nicht gewillt, ihren Worten Folge zu leisten, er begann erst leise, dann lauter zu weinen, so daß Erich sich nervös mit beiden Händen nach den Schläfen fuhr.

Sofort stand Lisa auf und führte den Kleinen hinaus. Im Kinderzimmer übergab sie ihn seiner Wärterin, dann kam sie ruhig zurück.

Du mußt entschuldigen, Christine, Hänschen kennt Dich nicht mehr und er ist nicht viel mit anderen Menschen zusammengekommen und daher scheu.

Aber ich bitte Dich, das ist ja nicht der Rede wert. Wir werden schon wieder gute Freunde werden, Hänschen und ich.

Damit schien die Sache abgetan und Frieden und Eintracht im Hause gesichert.

Als Lisa sich am anderen Morgen überzeugt hatte, daß Christine bereits mit der Köchin wegen des Mittagessens beraten hatte, und sah, wie sie den Vorrat des Wäschekorbes prüfte, ging die junge Frau in ihr Zimmer zurück, so, als sei das ganz selbstverständlich.

Nur eins erschien Lisa sonderbar, wenngleich es sie wenig beunruhigte: seit Christine zurück war, kümmerte sie sich auffallend viel um Hänschen, dessen Freundschaft sie durch kleine Geschenke zu gewinnen suchte. Das Kind aber war unbestechlich und alle Versuche scheiterten an seinem Eigensinn und seiner Abneigung, so daß Christines Zuversicht, bald die Freundschaft des Kleinen völlig zu gewinnen, scheiterte. Fast fühlte Lisa dabei ein wenig Schadenfreude. An sich aber legte sie auf die ganze Sache keinen besonderen Wert.

Desto empörter war Christine. Sie bildete sich fest ein, Lisa hetze das Kind gegen sie auf, und es dauerte nicht lange, so begann sie Erich in den Ohren zu liegen, es sei nicht richtig, daß er Lisa so ganz die Erziehung des Kindes überlasse. Schließlich sei es doch auch sein Sohn, der ihm so völlig entfremdet würde.

Im Anfang fand sie bei dem Vetter nur wenig Gehör. Erich hatte die ersten paar Wochen sich häufig mit seinem Söhnchen beschäftigt. Das drollige Wesen des kleinen Burschen, seine kindlichen Fragen hatten ihm Spaß gemacht. Das war aber nur so lange, wie seine Nerven der aufreizenden Tätigkeit im Amte standhielten. Bald begann er wieder mißmutig und nörgelig zu werden, und das war dann die Zeit, wo Christines Weizen blühte. Sie kannte Erich genau. Sie wußte, wenn er einstweilen auch noch so wenig Wert auf ihre Anspielungen und Bemerkungen legte, dieselben wirkten doch in ihm nach. Sie war ständig auf der Suche, nach einer Gelegenheit, die ihm klar machen sollte, wie wenig Lisa das Kind zu erziehen imstande sei.

Eines Tages fand sie denn auch die heißersehnte Gelegenheit, aufs neue gegen die junge Frau zu intrigieren. Lisa war in die Stadt gefahren, um dort einige Besorgungen zu erledigen, des rauhen Wetters halber aber hatte sie Hänschen unter der Obhut seiner erprobten Wärterin zu Hause gelassen.

Schon daß er Lisa nicht zu Hause traf, als er früher wie gewöhnlich in äußerst schlechter Stimmung aus dem Dienste kam, hatte Erich geärgert. Christine aber verstand es, ihn bald in eine behagliche Stimmung zu versetzen. Sie saß ihm in seinem Zimmer gegenüber, hatte ihm den Kaiser und die Zigarren bereit gestellt und schien in der Sorge um sein Wohl völlig aufzugehen.

Wenn es Dir recht ist, hole ich Hänschen ein wenig zu uns herüber. Er ist mit der Wärterin allein und — ich weiß nicht, ich halte es doch nicht für das Richtige, das Kind bezahlten Personen zu überlassen. Wie leicht könnte es etwas Schlechtes lernen! Und dann, da Erich mißmutig schwieg: Lisa geht jetzt überhaupt häufig allein aus. Gott ja, solch' junge Frau will ja schließlich auch ihre Zerstreuung haben, aber den Kleinen sollte sie doch nicht so viel allein lassen.

Ein wohlwollender Tadel lag in Worten und doch wußte Christine genau, daß sie die Unwahrheit sprach, daß Lisa nur selten den Kleinen allein ließ, wenn sie nicht mit ihrem Manne in Gesellschaft ging, oder hin und wieder ein Theater oder Konzert mit ihm besuchte.

Dann will ich Hänschen nur jetzt holen, sagte sie nach einigen Augenblicken, Erichs Schweigen für Zustimmung nehmend.

Schon nach kurzer Zeit kam sie zurück und zerrte das widerstrebende Kind hinter sich her. Hänschen hatte mit seiner „Dada", wie er seine Wärterin immer noch nannte, so schön mit dem Baukasten gespielt, und da war Tante Christine gekommen, hatte ihn ohne Umstände vom Boden emporgehoben und mit sich geschleppt. Das empörte den Kleinen derart, daß er sich zunächst energisch zur Wehr setzte, und als er sah, daß er damit nicht den geringsten Erfolg erzielte, aus Leibeskräften zu schreien anfing.

Mit gerunzelter Stirn und ärgerlichem Gesichtsausdruck sah der Landgerichtsrat seinem Söhnchen entgegen, das beim Anblick des erzürnten Vaters erschrocken schwieg, sich aber keineswegs zugänglich oder nachgiebig zeigte. Als Christine das Kind auf eine Fußbank niederlegen wollte, machte es sich steif und erklärte: Hänschen will zu Dada, mit Dada spielen, Hänschen will nicht bei Tante bleiben.

Christine hatte ein Stückchen Schokolade aus dem Nebenzimmer geholt, um den Kleinen damit zu versöhnen. Obgleich aber des Kindes Augen verlangend auf den Leckerbissen sahen, gab sein Trotzkopf es doch nicht zu, sich zu fügen. Er hatte die roten Lippen fest aufeinandergepreßt und hielt die Hände krampfhaft in der Tasche seiner Spielschürze, als fürchte er, dieselben möchten gegen seinen Willen nach dem verführerisch vor ihm auf- und niedertanzenden Stückchen Schokolade greifen.

So lange hatte Erich sich mit keinem Wort eingemischt, nun aber fuhr er Christine zornig an: Was sind denn das für Sachen! Der Junge hat ohne Schokolade zu gehorchen.

Bestürzt sah Christine den Vetter an, aber sogleich wußte sie auch seinen Aerger wieder zu ihrem Vorteil zu benutzen.

Ich dachte nur, weil Lisa ihn immer auf diese Weise beruhigt, stotterte sie.

Augenblicklich setzt Du Dich hin, sonst — — donnerte Erich, die erhobene Hand gegen Hänschen gerichtet, der dieser Bewegung einen Moment mit entsetzten Augen folgte und dann in ein furchtbares Jammergeschrei ausbrach.

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Barmen. Der ehemalige Generaldirektor Adels der Remscheider Mannesmann-Waffenwerke befindet sich auch unter denjenigen, deren Entlassung aus dem Elberfelder Gerichtsgefängnis durch Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates veranlaßt worden ist. A. ist bekanntlich im August von der Strafkammer wegen großer Steuerhinterziehungen zu 6 Monaten Gefängnis u. 1½ Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden und saß wegen angeblicher großer Bestechungen in Untersuchungshaft. Der A.- und S.-Rat wird mit allen Mitteln versuchen, des Mannes wieder habhaft zu werden. — Auch einer wegen Gattenmordes verhaftet gewesenen Frau war vorlehentlich die Freiheit geschenkt worden, sie ist aber inzwischen wieder verhaftet worden.

Köln. Der Fahnenschmied Till, der seinerzeit bei dem Kaiserkettenbiebstahl als Hehler mitgewirkt hat, hatte mit einem anderen Manne namens Kohn den 21jährigen Sohn eines hiesigen Brauereiarbeiters wegen angeblicher Bedrohung festgenommen, indem er sich als Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats ausgab. Im Gefängnis gab ihm Till zu verstehen, daß er jetzt erschossen würde. Als dieser bat, seine Eltern nochmals sehen zu dürfen, befahl Till: „Ach was, Kohn, Du erhältst den Befehl, den zu erschießen", und Kohn erschoß den Mann, den man an die Wand gestellt hatte. Die beiden Täter sind festgenommen und im Klingelpütz untergebracht, wo sie ihrer Bestrafung entgegensehen.

Ein schweres Eisenbahnunglück in Coll. Das Nachrichtenbureau des Arbeiter- und Soldatenrats in Köln teilt mit: Die aus dem Westen kommenden Truppentransporte werden von den Soldaten derart bestürmt und besetzt, daß bei der Fortbewegung dieses Zustandes schwere Unglücksfälle unvermeidlich sind. Die Soldaten lagern sich auf den Bahnhöfen, besetzen die Tender und Lokomotiven und hindern so die Tätigkeit des Zugpersonals. Gestern wurden bei Coll eine Anzahl Soldaten von den Wagendächern abgestreift. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt.

An unser Heer.

Und was noch kommen mag, da Wut und Wahn
Und Rachgier maßlos wider uns nun walten —
Ihr, die ihr zehnmal eure Pflicht getan,
Habt unsre Fahne blank und rein gehalten!

Wenn sie auch höhnen in berauschtem Stolz,
Wenn feige Schmähsucht auf euch schilt und wettert —
Wir wissen: wär' der Feind aus eurem Holz,
Er hätt' uns vor drei Jahren schon zerschmettert!

Herbeigeholt vom ganzen Erdenrund,
Schwoll seine Schar zu ungeheurer Masse,
Er war mit Meineid und Verrat im Bund
Und warb mit Lügen alle Welt zum Hasse —

Und hatte Jeden auf der Welt im Sold,
Der Waffen schmieden kann zum Blutvergießen:
Und hatte Brot im Ueberfluß und Gold,
Und Raum, uns von der Menschheit abzuschließen!

Doch ihr bestandet all die Uebermacht,
In hundert Schlachten habt ihr sie bezwungen,
Zogt ruhmgekrönt auch aus verlorner Schlacht,
In der ihr — Einer gegen Drei — gerungen!

Wenn einst ernüchtert wiederum die Welt
Zurückschaut auf die Zeit voll Blut und Leiden,
Mag sie die Frage: wer der größre Held
In diesem Riesenkampfe war, entscheiden!

Fiel auch in Scherben Deutschlands Glück und Glanz,
Euch wird die Nachwelt nicht den Lorbeer wehren,
Und kehrt ihr auch nicht heim im Siegerkranz —
Kein Sieger noch war würdig gleicher Ehren!

Buntes Allerlei.

Kreuznach. Täglich 130 000 Soldaten kommen mit der Bahn durch Kreuznach und müssen hier zumteil verpflegt werden. Der Nationale Frauendienst richtet Küchen ein, in denen hundert Frauen tätig sein werden. Außer diesen Bahntransporten werden zahlreiche andere Truppenformationen auf achtzig Heerstraßen in Marsch gesetzt.

Köln. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat bestimmt, daß auf Kartenschecks und Zahlungsanweisungen des Postscheckamts an Privatpersonen nicht mehr als 500 Mark ausgezahlt werden dürfen.

Das Explosionsunglück bei Köln. Laut „Rhein. Ztg." hat ein Explosionsunglück in Köln-Wahn 200 Todesopfer gefordert. Ueber die Ursache des Unglücks ist nichts bekannt geworden.

WB **Mannheim,** 16. November. Es herrschen Ordnung und Ruhe bei guten Lebensmittelverhältnissen. Von der Front sind bisher große Truppenmassen, zirka 100 000 Mann, hier eingetroffen, die nach guter Verpflegung weitergeleitet werden.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheim.

* Starke Verkehrseinschränkungen. Wie die Eisenbahnverwaltung mitteilt, wird von Samstag ab zur glatten Durchführung der Demobilmachung der Schnellzugverkehr völlig eingestellt werden. Ueber den Umfang der Aufrechterhaltung des Personenzugverkehrs ist bis zur Stunde noch nichts bestimmtes festgesetzt, doch werden voraussichtlich auch im Personenzugverkehr einschneidende Einschränkungen zu erwarten sein. In gut unterrichteten Kreisen wird damit gerechnet, daß auch der Personenzugverkehr auf einzelnen Strecken bis auf weiteres eingestellt wird. Im Güterverkehr werden ebenfalls Einschränkungen notwendig werden. Da auch die Beförderung der Briefpost eng mit dem Personenverkehr zusammenhängt, so muß auch bei der Briefpostbeförderung mit Verzögerungen gerechnet werden.

* Gegenüber verschiedenen Anfragen kann festgestellt werden, daß in den linksrheinischen Gebieten, die der Feind besetzen wird, wie in der rechtsrheinischen neutralen Zone der Post- und Telegraphenverkehr innerhalb dieser Gebiete sowie mit dem Reiche ungestört aufrechterhalten bleibt.

* Der Staatssekretär des Reichspostamts Rüdlin hat sämtlichen Oberpostdirektionen mitgeteilt, daß er vorläufig mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden sei und hat die Beamten seines Ressorts, sowie das gesamte Personal dringend ermahnt, zum Wohl des Vaterlandes unter Aufrechterhaltung der Ordnung ihren Dienst wie bisher zu versehen. Sie sollten alles daransetzen, den Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr in der früheren Weise glatt zu erledigen.

* Entlöhnung der Kriegsgefangenen im 18. A.-K. Die Inspektion der Kriegsgefangenenlager Frankfurt a. M. macht bekannt, daß nach Verfügung des Kriegsministerium mit Wirkung vom 11. Nov. 1918 ab alle Kriegsgefangenen auf Arbeitsstellen mit der Löhnung der freien deutschen Arbeiter abzüglich Verpflegung und Unterkunftskosten zu entlöhnen sind. Bis einschl. 10. November 1918 bleiben die mit der Inspektion vertraglich getroffenen Vereinbarungen bezüglich Entlöhnung usw. in Kraft. Die Arbeitgeber rechnen bis zu diesem Tage mit der Inspektion ab.

* Fortfall der fleischlosen Wochen. Für die am 18. November beginnende Woche kann die Aufbringung und Heranschaffung von Vieh und Fleisch aus technischen Gründen nicht mehr in die Wege geleitet werden. Es muß daher dabei bleiben, daß die Woche vom 18. bis 24. November fleischlos ist. Es wird aber diese Woche die letzte fleischlose Woche sein. Die für Dezember 1918 und Januar 1919 in Aussicht genommenen fleischlosen Wochen werden in Wegfall kommen, da zu erwarten ist, daß durch die bevorstehende Demobilmachung die nötigen Fleischmengen für die versorgungsberechtigte Zivilbevölkerung frei werden.

* Keine Textilrohstoffnot. Trotz der viereinhalbjährigen Blockade sind die in Deutschland vorhandenen Textilrohstoffe noch ausreichend. Durch das Freiwerden der bisher für den militärischen Bedarf beschlagnahmten Mengen wird es möglich sein, den Massenbedarf der Bevölkerung an Bekleidungsstücken zu decken. Allerdings muß der größte Teil des Materials erst den Weg durch die Spinnereien, Webereien und die Konfektionswerkstätten zurücklegen, sodaß die fertige Ware naturgemäß erst allmählich in die Hände der Verbraucher kommen kann. Voraussetzung für das Gelingen der Versorgung ist selbstverständlich die ungestörte Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im ganzen Lande und das ungestörte Weiterarbeiten der Reichsbekleidungsstelle und aller Organisationen, die schon bisher mit der Erledigung der Bekleidungsregelung betraut waren.

* Wb Das Demobilmachungsamt und der Reichskohlenkommissar geben bekannt, daß der Rückstrom des Heeres die Eisenbahnen so stark beansprucht, daß der Kohlenversand der westlichen Reviere für kurze Zeit zeitweilig sehr stark sinken muß. Die Eisenbahnen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, die Nahrungsmittelindustrie und sodann der Hausbrand müssen bevorzugt werden. Die Gesamtindustrie muß mit ungewöhnlich starken Ausfällen und zeitweiliger Unterbrechung der Kohlenbelieferung rechnen. Die vorhandenen Kohlenvorräte müssen aufs äußerste gestreckt werden. Richtschnur für die Betriebsleitungen muß sein, bei knapper oder auch bei zeitweilig ausbleibender Zufuhr ihre Arbeiter weiter zu beschäftigen. Arbeiterentlassungen dürfen aus dieser Verschärfung der Kohlenlage heraus, die hoffentlich von kurzer Dauer sein wird, nicht stattfinden.

* Die Inspektion der Kriegsgefangenenlager des 18. A.-K. ist bemüht, allen Kriegsgefangenen ihres Bezirks während der letzten Zeit ihres Hierseins alle möglichen Erleichterungen zuteil werden zu lassen. Zu diesem Zweck sollen die Kriegsgefangenen größere persönliche Freiheit erhalten, z. B. Erlaubnis zum Spazierengehen usw. Bedauerliche Vorkommnisse bei den ersten Spaziergängen veranlassen uns, an alle Mitbürger die dringende Mahnung zu richten, den Kriegsgefangenen gegenüber ein würdiges Benehmen zu wahren und den Begleitmannschaften ihren Dienst zur Aufrechterhaltung der notwendigen Ordnung nicht zu erschweren. Bis auf weiteres ordnet die Inspektion der Kriegsgefangenenlager an, daß Spaziergänge im allgemeinen zulässig sind. Sie dürfen aber nur mit Erlaubnis der Inspektion und in Begleitung von Wachtleuten stattfinden. Die Erlaubnis für die in Frankfurt und Umgebung befindlichen Kriegsgefangenen wird von der Inspektion der Kriegsgefangenenlager (Scharnhorststr. 50) erteilt. Die Genehmigung zur Spaziergängen für außerhalb Frankfurt am Main beschäftigte Kriegsgefangenen erteilen die zuständigen Kriegsgefangenenlager. Die Wachtleute haben im Interesse des Schutzes der Kriegsgefangenen nach wie vor ihren Dienst zu versehen. Frankfurt a. M., 16. November 1918. Der Soldatenrat der Inspektion der Kriegsgefangenenlager.

* Wbna Grundsätze für die Verpflegung der entlassenen Heeresangehörigen. Der Uebergang der zur Entlassung kommenden Heeres- und Marineangehörigen aus der militärischen Verpflegung in die allgemeine Lebensmittelversorgung der bürgerlichen Bevölkerung hat nach folgenden im Einvernehmen mit den militärischen Stellen festgesetzten Grundsätzen zu erfolgen: 1. Die Verpflegung geschlossener Verbände erfolgt, wie bisher, durch die Militärbehörde. 2. Bei der Entlassung ist dem zu Entlassenden Verpflegung für drei Tage mitzugeben. 3. Soweit die Entlassenen binnen dieser Zeit noch nicht in die Lebensmittelversorgung ihres neuen Wohnortes aufgenommen sind, erhalten sie bis zum 7. Tage nach der Entlassung durch die Zivilbehörden aufgrund ihrer Entlassungsbescheinigung die erforderlichen Ausweise zur Beschaffung ihrer Verpflegung oder, soweit Massenspeisungen oder besondere Verpflegungsstellen vorhanden sind, diese Verpflegung aus diesen. Auf die Entlassungsbescheinigung (Soldbuch) ist zu vermerken, wo und wann Ausweise oder Verpflegung gegeben werden. Nach Ablauf von 7 Tagen werden die Entlassenen regelmäßig in der Lebensmittelversorgung ihrer Wohngemeinde aufgenommen sein. 4. Personen, die eine Entlassungsbescheinigung nicht vorweisen können, sind in erster Linie an militärische Verpflegungsstellen zu verweisen. Befindet sich eine solche nicht am Orte, so sind ihnen die zur Verpflegung erforderlichen Ausweise jeweils für ein bis zwei Tage zu geben, oder es ist durch Zuweisung zu Massenspeisungen usw. für diese Zeit die Verpflegung zu ermöglichen. Dabei ist darauf hinzuwirken, daß sie sich auf dem schnellsten Wege bei der nächsten militärischen Meldestelle melden. Es empfiehlt sich, solchen Personen als Ausweis für die nächste Verpflegungsstelle eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, wann, wo und für wie lange ihnen Verpflegungsausweise oder Verpflegung gegeben worden sind. 5. Eine Verpflichtung zu unentgeltlicher Verpflegung wird hierdurch den Gemeinden nicht auferlegt. 6. Den Kommunalverbänden wird auf Antrag für die durch diese Bestimmungen herbeigeführte Mehrbelastung Ersatz gewährt werden. Anträge auf Ersatz sind bei der für die Lieferung in Betracht kommenden Provinzial-, Landes- oder Reichsstelle unter Angabe der verpflegten Personen und Verpflegungstage zu stellen.

Aufruf! — Entlassung aus dem Heere in die Heimat!

Wbna Berlin, 15. November. Es können nicht alle Soldaten aus dem großen deutschen Heere und der Flotte auf einmal entlassen werden! Es können auch nicht alle bis auf den letzten Mann entlassen werden! Die Entlassung muß sich nach den Verkehrsmöglichkeiten richten! Sie muß ordnungsgemäß vor sich gehen! Darum Geduld und Ruhe, bis jeder an der Reihe ist. Im Heimatheere ist fürs erste die Entlassung der alten Jahrgänge bis 1879 einschließlich angeordnet. Die jüngeren werden folgen. Leute in unentbehrlichen Diensten z. B. Gefangenenbewachung müssen warten bis sie ersetzt sind. Leute aus Elsaß-Lothringen, die nicht freiwillig dienen wollen, sind sofort zu entlassen. Leute aus dem linksrheinischen Räumungsgebiet und aus den Brückenköpfen können sofort entlassen werden, wenn sie nicht den Jahresklassen 1882 und 1899 angehören. Wer von seiner Formation aus irgend einem Grunde abgekommen ist, sucht die nächste militärische Dienststelle auf und bittet um einen Urlaubschein in seine Heimat oder um einen Fahrschein nach seinem Ersatztruppenteil. Wer mit Urlaub nach Hause fährt, sieht zu Hause nach öffentlichen Anschlägen und Zeitungsnachrichten, aus denen er erfahren wird, wie er nachträglich zu seinen Entlassungspapieren und Marschgebührnissen kommt. Bis dahin dient ihm sein Urlaubschein als Ausweis. Wer von seiner Ersatzformation ordnungsmäßig entlassen wird, erhält 50 Mark Entlassungsgeld. Jeder Soldat erhält einen Entlassungsanzug. Göhre, Scheuch, Kriegsminister.

Neueste Nachrichten.

Berlin, den 18. November 1918.

Dem „Berliner Lokal-Anzeiger" wird aus Rotterdam gemeldet: Am Freitag nachmittag überflog ein neues Personenbeförderungsflugzeug mit 40 Passagieren, großenteils Journalisten, London. Das Fahrzeug erreichte eine Höhe von 600 Fuß. Es ist das größte auf der Welt und kann 70 Menschen mitführen.

Dem „Vorwärts" zufolge wird der Beginn der Verhandlungen über den Präliminarfrieden in nächster Zeit jedoch kaum vor Ende dieses Monats zu erwarten sein. Sie werden in Paris oder Versailles stattfinden und sollen bis Ende Januar beendet sein. Danach wird die Beratung des eigentlichen Friedensvertrages beginnen. Dazu wird ein Apparat von vielen Hundert Delegierten aufgeboten werden. Eine ganze Anzahl von Spezialkommissionen muß gebildet werden, die im Zusammenhang mit der Friedenskonferenz tagen soll.

Der erste Teil der für die Internierung bestimmten deutschen Schiffe hat, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, gestern nachmittag den Kieler Hafen verlassen und ist durch den Kaiser Wilhelm-Kanal nach der Nordsee abgedampft, wo die Schiffe weitere Befehle erwarten, in welchen Häfen sie interniert werden.

Die Alliierten in Metz.

Wbna Metz, 18. November. Im Laufe des gestrigen Nachmittags sind die ersten Vortrupps der Alliierten — Franzosen, Engländer und Amerikaner — in Autos sowie in kleineren Abteilungen hier eingetroffen.

Die große demokratische Partei.

Berlin, 18. November. Wie wir hören, ist zwischen den leitenden Persönlichkeiten der nationalliberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei, die über die Vereinigung der beiden liberalen Parteien beraten, eine Einigung in den wesentlichen Grundzügen erzielt worden. Gegenwärtig wird an der Feststellung des Programms gearbeitet.

Verschmelzung der konservativen Parteien.

Berlin, 18. November. Wie wir erfahren, haben am Samstag Einigungsversuche zwischen den Deutschkonservativen und den Freikonservativen stattgefunden, die zu dem Ergebnis geführt haben, daß die beiden Parteien sich verschmelzen und in Zukunft gemeinsam auftreten werden. Die neu gebildete konservative Partei wird in den nächsten Tagen mit einem neuen Programm vor die Oeffentlichkeit treten, das, wie wir hören, einen stark demokratischen Charakter entsprechend der veränderten Lage haben wird.

Bußtagfeier in Hamburg.

Hamburg, 17. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat am 16. d. Mts. beschlossen, den Bußtag (20. November) als öffentlichen Feiertag zu erklären. Es soll an diesem Tage eine große Feier für die Gefallenen der Revolution stattfinden.

Deutschland und Rußland.

Berlin, 18. November. Die deutsche Reichsleitung hat die Sowjetregierung dahin verständigt, daß eine Vertretung der letzteren in Berlin vorläufig nicht wünschenswert sei.

Die angesetzten **Pferdeversteigerungen** finden nicht statt.
Landwirtschaftskammer f. d. Reg.-Bezirk Wiesbaden.

Größere Anzahl
tüchtige Arbeiter u. Arbeiterinnen
für sofort gesucht.
A. T. Schlemmer Nachfolger,
Malzfabrik, Hochheim a. M.

Während der Wintermonate können Mädchen das
Sticken erlernen.
Näheres bei
Eva Sack.

Verloren.
Am Dienstag abend vom Amtsgericht ins Rathaus
Haarpfeil
(Schildpatt). Abzugeben gegen Belohnung in der Filial-Expedition.

Birka 80 Zentner
Buchenstammholz
im Neuer Rathstadt der Oberförsterei Geisen vergibt z. Abfuhr
Johann Kuhlendahl, Eltville.

Schirm- und Stock-Reparaturen
b. Klaft 2871
Gutjahr, Hintergasse.